

Kampf vor Kreuzchen - Protest statt nur Papier!

Die Linkspartei stellt im NRW-Wahlkampf klare Tagesforderungen und macht eindeutige Koalitionsaussagen. Ihren grundsätzlichen Charakter ändert das nicht. Ein kapitalistisches Investitionsprogramm verkauft sie uns als besonders "antikapitalistisch". Ihr Einzug ins Parlament kann die Krise der Sozialdemokratie in Zeiten der Wirtschaftskrise nur beschleunigen - und hat auch noch anderen Nutzen.

Die Lage der Arbeiter in NRW
Wenn am 9. Mai in Nordrhein-Westfalen die Wahlen stattfinden, dann wird dort entschieden, welche Parteien des Kapitals das Bundesland in Zeiten der Überproduktionskrise regieren - und NRW ist das am schlimmsten betroffene Bundesland. Die in der hier konzentrierten Metall-, Elektro- und Chemieindustrie arbeitenden Menschen sehen besonders harten Zeiten entgegen. Sie tragen einen großen Teil der Krisenlast, die uns das Kapital aufbürdet. Hier hat die Kurzarbeit schon die längste Zeit und in größtem Ausmaß die Löhne gedrückt und dadurch viele Arbeiter in echte Existenznöte gebracht, die ihre zeitgleich steigenden Kosten für Wohnung und Heizung mit dem gekürzten Lohn oft nicht mehr zahlen können. Hier haben die Kapitalisten besonders umfangreich vom neuen "Luxus" der Entrechtung durch Leiharbeitsverträge Gebrauch gemacht und vielerorts sämtliche Leihsklaven umstandslos vor die Tür gesetzt. Hier werden mit besonderer Erbarmungslosigkeit die Daumenschrauben in der Produktion angezogen, um die Ausbeutung der Arbeiter zu steigern. Rationalisierung heißt hier: Viele machen die 40-Stunden-Woche von vor der Krise heute in 32 Stunden. Für einen entsprechend zurechtge-

stutzten Monatslohn, versteht sich. Diese Lage spiegelt sich auch im WSI-Report 2/10 der Böcklerstiftung wider, die die Beschäftigten unter anderem nach ihren Aussichten für die nächsten Monate gefragt hat: Vier von fünf in der Metall- und Elektroindustrie Beschäftigten erwarten eine weitere Verschlechterung ihrer Lage.

Und wie geht es dem Kapital?
Die Metall-, Elektro- und Chemiekonzerne konzentrieren sich derweil in der Krise zu noch größeren Konzernen. Die überlebenden Konzerne gesunden auf Kosten ihrer Konkurrenten und reichen - auch in Zeiten der "Krise" - an ihre Kapitalisten Milliarden weiter. So z.B. Evonik, das mit der einen Hand hunderte Millionen an ein paar Großaktionäre überweist, während es mit der anderen Hand "Krisenhilfe" vom Staat kassiert und seine Arbeiter durch gesteigerte Hetze und niedrigere Löhne noch mehr auspresst. Die börsennotierten Unternehmen schütten in diesem Jahr laut Handelsblatt etwa 23 Milliarden Euro Dividende an die Aktionäre aus. Sechs Siebtel davon entfallen auf die 30 mächtigsten Monopole, die DAX-Konzerne. So zahlen wir für die Krise des Kapitals, noch bevor die notwendig folgende Krise der Staatsfinanzen so richtig begonnen hat.



Und was steht uns bevor?

Für die wegbrechenden Steuereinnahmen und, vor allem, für die teuren Geschenke an Banken und Konzerne, wird sich der Staat mit neuen Einsparungen und neuen Grausamkeiten an der breiten Bevölkerungsmasse rächen. Der Trommelwirbel hat mit der Hartz-IV-Show von Westerwelle, Sarazzin, Koch & Co. bereits begonnen. Die Begründung des geplanten Sozialkahl-schlags wird unter dem Mantel der "Verhinderung von weiteren Schulden" "für die kommende Generation" etc. weiter angebahnt. Die Lage schreit also nach einer Zuspitzung der Klassenkämpfe des letzten Jahres, von denen NRW ohnehin schon besonders betroffen war.

Der Bildungsstreik

Die kämpfenden Schüler und Studierenden organisierten nicht zufällig gerade in dem Bundesland die meisten Demonstrationen, Blockaden und Besetzungen, in dem mittlerweile mehr als jeder vierte Jugendliche Hartz IV bekommt. Natürlich spitzt sich jetzt, in der Wirtschaftskrise, auch die Lage der Auszubildenden zu, die im historischen Vergleich seit über fünfzig Jahren noch nie eine so schlechte Aussicht auf oben-

drein schlecht bezahlte und ungesunde Jobs hatten. Überhaupt einen Ausbildungsplatz zu bekommen ist für Jugendliche seit Krisenausbruch eine immer größere Seltenheit.

Die besonders reaktionäre Bildungspolitik von Bildungs- und "Innovations"-Minister Andreas Pinkwart (Mövenpick-Partei, a.k.a. FDP) trug ihren Teil zu den Protesten bei. In gewissem Sinne hat Pinkwart Wort gehalten: Durch die Einführung von Studiengebühren und kapitalistischen Kontrollgremien an NRW-Universitäten, die unter dem Namen "Hochschulrat" laufen, hat er wirklich eine "neue Ära der Hochschulpolitik eingeläutet" - nämlich eine Ära des politischen Protests. Den Startschuss für diese Politik der Abschottung der Universitäten für die Kinder und für die Unterrichtsinteressen der herrschenden Klasse, den die Studierenden und Schüler schon damals mit energischen Protesten zurückwiesen, gab allerdings die SPD selbst, die heute vollmundig gegen Studiengebühren auftritt. Sie führte schließlich kurz vor ihrem Abgang im Jahr 2005 in NRW die Studiengebühren für langsame Studierende ein. Diese "Langzeitgebühren" trafen gerade Studierende, die neben dem



Studium ihren Lebensunterhalt selbst verdienen mussten und zehntausendfach zum "sozialdemokratischen - Abbruch des Studiums gezwungen wurden.

Die Agenda 2010

Um den bedeutenden Gewichtsverlust der SPD in Nordrhein-Westfalen zu verstehen, der 2005 Rüttgers auf den Thron spülte, reicht ein Blick auf die "Agenda 2010" der Schröder-Regierung. Die rot-grünen "Agenda"-Reformen und, später, die rot-schwarzen Verbrechen sind ja gerade Ursache der verschlimmerten Lage der Schüler, Studierenden und Auszubildenden, der Arbeiter, Arbeitslosen und Rentner. Sie brachten insgesamt Millionen zum Protest auf die Straße. Die "Agenda" war ein Feldzug des Kapitals gegen uns Arbeiter. Für die Durchsetzung dieses Angriffs - dem rücksichtslosesten in der gesamten Nachkriegsgeschichte - bedurfte das Kapital des Ansehens der SPD und ihrer Stellung in den Gewerkschaften. Zu Hartz IV verurteilt, zu Leiharbeitern degradiert, den Ruhestand durch die "Rente mit 67" versauert verweigerten aber in den letzten Jahren nun immer mehr Menschen der SPD die Gefolgschaft. Das ist der Preis für die Angriffe. In NRW ist auch dieses Bild extrem. Von einst mehr als der Hälfte der abgegebenen Stimmen in den 90ern rutschten die Sozialdemokraten auf weniger als ein Drittel in den aktuellen Prognosen. Mit der Sozialdemokratie diskreditierte diese Angriffsagenda den Parlamentarismus schlechthin: Nach dem Krieg hatte die

Wahlbeteiligung in NRW im Schnitt mehr als 75% betragen. Seit den 90ern sinkt sie nun auf zuletzt etwas über 50%. Und auch die DGB-Gewerkschaften sind längst nicht mehr dieselbe Festung der SPD, die sie noch vor kurzem waren.

Die Krise der Sozialdemokratie ist also Ausdruck der Zuspitzung der Widersprüche des Kapitalismus. Ihr notwendiges Ergebnis war die Spaltung. Die Funktionäre der DGB-Gewerkschaften, die um ihren Einfluss unter den Arbeitern bangten, mussten handeln. Die Massenbewegung gegen den Sozialkassenschlag brachte sie dazu, "linker" sein zu wollen als Schröder. Die WASG wurde 2004/2005 gegründet und schuf im Westen die Grundlagen für die 2005 entstandene Linkspartei. Der Niedergang der SPD war ihr Aufstieg. Der Austritt der linken Gewerkschafter traf die SPD hart.

Zur Entwicklung der Linkspartei

Auf niedrigerem Niveau machte die Linkspartei in NRW denselben Aufstieg in der Wählergunst durch wie bundesweit. Auf niedrigerem Niveau deshalb, weil hier die PDS, anders als im Osten, keine traditionelle Gefolgschaft hatte. Von gerade einem Prozent (der PDS) im Jahr 2000 aufgestiegen, schaffte die Linkspartei mit drei Prozent bei der 2005er-Wahl den Sprung in den Landtag noch nicht. Auf Bundesebene war sie im selben Zeitraum von vier auf neun Prozent gestiegen und in den Bundestag eingezogen. Die breite Ablehnung der Reformen durch Arbeiter, Arbeitslose,

Jugendliche und Rentner hat "die Linke" bei der Bundestagswahl nun auf zwölf Prozent der Stimmen befördert - und die SPD auf historische 23 Prozent reduziert. "Immer größere Teile der Bevölkerung", schreiben wir deshalb in unserem Rechenschaftsbericht an den 12. Parteitag, suchen "nach einer Alternative zur Politik des Kapitals". Die jüngsten Umfragen sehen die Linkspartei am 9. Mai 2010 nun gerade auf der Kippe zum Einzug in den nordrhein-westfälischen Landtag, bei fünf bis sieben Prozent der Stimmen, Tendenz seit Jahreswechsel steigend.

Verstehen wir die Wahlergebnisse als Barometer der Krise der Sozialdemokratie, die sich in ihre linken und rechten Bestandteile aufgespalten hat, und diese Krise der Sozialdemokratie als notwendiges politisches Element der allgemeinen gesellschaftlichen Gärung, so wird klar: Das Kapital setzt sein Programm gerade mithilfe der Sozialdemokratie, der Opportunisten in der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften durch. Die Sozialdemokratie ist seine wichtigste Stütze in der Arbeiterklasse und damit in der Gesellschaft überhaupt. Die Geschichte der Arbeiterbewegung bestätigt diese Sichtweise auf Schritt und Tritt. Wie sehr das Kapital die Dienste seiner sozialdemokratischen Handlanger im Gewerkschaftsapparat zu schätzen weiß, zeigen die Lobesreden der kapitalistischen Medien auf die diesjährigen Tarifabschlüsse von ver.di und IG-Metall. Für Arbeitgeberverbände und Gewerkschaftsbörsen gleichermaßen war der Lohnraub an den Metallern und Beschäftigten im öffentlichen Dienst in ihrer gemeinsamen Ideologie von Klassenfrieden und Sozialpartnerschaft (einer Partnerschaft, in der der eine Partner vom anderen ständig die größten Prügel bezieht und dafür noch dankt) eine weitere nötige Konzession an die Profite.

Die neugeborene "linke" Hälfte der Sozialdemokratie hat bereits in Berlin und jüngst in Brandenburg eindrücklich bewiesen, dass kapitalistische "Sozialpartnerschaft" auch ihre eigenste Bestimmung ist: Hier ist die Partei "Die Linke" aktiv am Sozialkassenschlag und Perso-

nalabbau beteiligt. Wir Kommunisten machen uns keine Illusionen: Unabhängig vom Ergebnis der NRW-Wahl wird das Kapital seine wesentlichen Projekte durchsetzen, wenn wir es nicht daran hindern.

Die Perspektive aller fortschrittlichen Menschen für ein Abwehren der geplanten, heftigen Angriffe des Kapitals ist die Stärkung der Massenbewegung und nicht das Ergattern von Parlamentssitzen. Wie wir schon anlässlich der Bundestagswahl schrieben: "Das Wichtigste ist nicht, wer uns ab Herbst regiert, sondern: Was wir selber tun, um für unsere Sache zu kämpfen!". Und was für den Herbst galt, gilt hier auch für den Frühling. In der Tat reproduziert "Die Linke" auch ideologisch lediglich die "besseren" Zeiten der SPD. Das NRW-Wahlprogramm besteht im Wesentlichen aus der Forderung der Abwehr der bevorstehenden und der Rücknahme der bisherigen Angriffe der grün-rot-schwarz-gelben Kapitalkoalitionen des letzten Jahrzehnts. Dieser Forderung und auch den fortschrittlichen, darüber hinausgehenden Forderungen nach einem 10-Euro-Mindestlohn und staatlicher Senkung der übersteuerten Strom- und Gaspreise, mit denen uns die Energie-Monopole so hemmungslos ausquetschen, können und müssen wir Kommunisten uns nur anschließen. Im NRW-Wahlprogramm verstrickt "Die Linke" diese Forderungen allerdings aufs Engste mit ihren Illusionen in den Kapitalismus. Die "Vergesellschaftung" der Energiekonzerne beispielsweise, die, wie wir wissen, ohne die massenhafte Organisation der werktätigen Bevölkerung in Räten und die Zerschlagung des ganzen Kapitalistenstaates, also ohne die Errichtung des Sozialismus durch die gewaltsame Revolution, ein feuchter Traum bleiben muss - diese "Vergesellschaftung" will "Die Linke" durch einfache Übertragung von Unternehmen in Staatseigentum erreichen? -ob Rüttgers wohl ein besserer Opel-Chef wäre?

"Die Linke" wäre es in jedem Fall - glaubt man wenigstens ihren Verlautbarungen. Ein "Zukunftsinvestitionsprogramm" (wohl im Gegensatz zu einem

erfundenen "Vergangenheitsinvestitionsprogramm") soll das kapitalistische Gesellschaftssystem nett und menschenfreundlich machen. Was sich dahinter verbirgt, ist die alte "keynesianische" Leiher vom aktiven kapitalistischen Staat als besserem Investor. Objektiv kettet "Die Linke" also gerade die Elemente der Arbeiterklasse, die vom Kapitalismus enttäuscht und von der SPD losgetrennt werden, wieder an das Vertrauen in System und Staat des Kapitalismus. Eine besondere Rolle spielen dabei die vermeintlich "sozialistischen", "kommunistischen" und "antikapitalistischen" Fraktionen der Partei.

Die Opel-Pleite z.B. ist so für den Arbeitskreis Wirtschaft, Finanzen usw. der Bundestagsfraktion der Partei Beleg einer "falschen Wirtschaftspolitik" (im Vorübergehen wird noch "Profitsucht" als Grund erwähnt). Ulla Lötzer, ehemals KBW, später ver.di, nun in der attac-Führung und über die NRW-Landesliste für "die Linke" im Bundestag, steht dem Gremium vor, das unter anderem Sarah Wagenknecht zu ihren Mitgliedern zählt. Letztere ist Vorsitzende der "kommunistischen Plattform" der Partei und ebenfalls über die NRW-Landesliste in den Bundestag gewählt. "Aktive Industriepolitik [ist] der einzige Weg, Arbeitsplätze auch mittelfristig zu sichern" heißt es in einem Opel-Papier des Arbeitskreises vom Dezember 2009. In dem von Lötzer und Wagenknecht herausgegebenen Positionspapier schwatzen die beiden das Blaue vom Himmel: Die Produktpalette müsse "grundlegend umgebaut" werden. Dasselbe erzählte uns dann im Februar Opel-Chef Nick Reilly. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich fordert man zwar, aber nur "zum Beispiel"! Durch die Ausgabe von Aktien an die Belegschaft - was für ein Betrug der "Kommunisten" Lötzer und Wagenknecht! - sollen die Arbeiter zu Mitbestimmern "in allen(!) sozialen, personellen und wirtschaftlichen(!) Belangen der Unternehmensführung" werden. Durch eine neue Produktpalette und Belegschaftsaktien "kann" das Unternehmen dann, orakeln die Propheten weiter, "zum

Kristallisationskern(!) einer neuen sozial-ökologischen Industriepolitik für die gesamte Industriebranche werden". Und um diese wirren Verheißungen dann umzusetzen, müssen wir nur eine kleine Pille schlucken, versprechen die "Kommunisten": Die Verwaltung von aus Steuergeld zu stellenden 100 Milliarden Euro Zuschusskapital für diverse Unternehmen, über die dann DGB-Gewerkschaften, Kapitalisten und Staat gemeinsam entscheiden sollen - der "Zukunftsfond". Voila? der



alte keynesianische Lückenfüller in der Krise. Die Versprechung dieser neuen Machtnische dürfte zumindest Bsirske, Huber, Schmoldt und Konsorten gefallen - und anderen "linken" Funktionären in den Gewerkschaften. (Nebenbei bemerkt: In den 70ern war Ulla Lötzer KBW-Mitglied und Unternehmensberaterin. Ob eine der beiden Seiten hier mehr zum Vorschein kommt, mag der Leser entscheiden.)

Differenzen zur Bundespartei
Zumindest hat sich die NRW-"Linke" ein kleines Gefecht mit der Bundespartei geliefert und ihre Koalitionsbedingungen klar formuliert. Ohne 1. die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und 2. der Studiengebühren sowie 3. die Rücknahme der verlängerten Öffnungszeiten im Einzelhandel, alles das anzugehen bis 2012, will sich "Die Linke" nicht auf Koalitionen einlassen, so NRW-Vorsitzender Zimmermann gegenüber der Rheinischen Post. Zimmermann ist Teil der "antikapitalistischen"

Fraktion in der Partei, schreibt für die SoZ und ist in der ISL organisiert, die aus der trotzkistischenen GIM(! -später VSP) hervorgegangen ist. Sollte also "Die Linke" in den NRW-Landtag einziehen, wird sich das Klima in der bislang vierfarbigen Runde sicher etwas aufheizen. Davon können die Kräfte links von der "Linken" nur gewinnen. Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Würfel in der Partei in organisatorischer Hinsicht längst gefallen sind. Im Sommer

den Landtag schafft, wird außerdem eine in dieser oder jener Form sozialdemokratische Regierung deutlich wahrscheinlicher, mit oder ohne "Die Linke". Wenn die kapitalistischen Grausamkeiten der nächsten fünf Jahre aber von der Sozialdemokratie durchgeführt werden, vielleicht sogar unter Beteiligung ihres "linken" Flügels, erleichtert und beschleunigt das die Entlarvung von Sozialdemokratie und Parlamentarismus - soviel haben wir von Schröder gelernt.

Taktische Vorteile einer Linksfraktion im Landtag für den sozialen und antifaschistischen Kampf

Schließlich sollte der unmittelbare, praktische Nutzen von einem Dutzend Landtagsabgeordneter der Partei "Die Linke" für die Bündniszusammenarbeit in den sozialen und antifaschistischen Kämpfen nicht vergessen werden. Bei der Wahl am 9. Mai entscheiden unter Umständen einige Tausend Stimmen mehr oder weniger über ihren Einzug ins Parlament. Durch die Erleichterung der Beschaffung von Informationen aus dem Parlamentsgeschäft und die Wahrnehmung von Aufgaben wie der Demonstrationsanmeldung im Schutze der parlamentarischen Immunität können uns diese 10-15 Personen, mit denen wir in NRW teils direktere Zusammenarbeit haben, von taktischem Vorteil sein.

Ausgehend von diesen Überlegungen rufen wir zur Wahl der Partei »Die Linke« auf - zwei Kreuze für »Die Linke« am 9.Mai!

Diskutiert das Wahlprogramm der Partei "Die Linke"! Sprecht mit euren Kollegen und Freunden über eure Wahl und wie ihr sie begründet!

Vor allem aber rufen wir auf zur Organisation des Protests: In Betrieb, Schule, Uni und Wohngebiet! Denn "unser Kampf darf nicht vom Wahlergebnis und erst recht nicht von unserem Kreuzchen abhängig sein!"

Kampf vor Kreuzchen, Protest statt nur Papier!

schrieben wir zur Bundestagswahl: "Mit den für bürgerliche Parteien üblichen Seilschaften und Beziehungen wird die wirkliche Macht in der 'Linken' eher von einer Handvoll Reaktionäre ausgeübt als von der Masse der knapp 80.000 Mitglieder." Mag es also gerade in den unteren Ebenen der Linkspartei eine Reihe ehrlicher und ernsthafter Kämpfer geben, so stehen ihnen doch bereits unüberwindbare Hürden gegenüber, die nach der ersten Konsolidierung als bürgerliche Partei im Jahr 2005 schnell aufgestellt waren. Bürgerliche Politik ist dann vorprogrammiert. Ein möglicher Regierungsantritt der Partei dürfte also entlarvend wirken, "vorausgesetzt, wir Kommunisten unterziehen jeden Schritt dieser Partei der deutlichsten und schonungslosesten Kritik [?] und schaffen so die Grundlage für ein wachsendes revolutionäres Bewusstsein in der Arbeiterklasse." Das haben wir bereits im Sommer als wichtigste Aufgabe gegenüber der Partei "Die Linke" festgehalten. Falls "Die Linke" den Sprung in

Das Kapital soll die Krise bezahlen!



www.KPD-net.de

Impressum

Hrsg.: Zentralkomitee der KPD

V.i.S.d.P.: K.Dillmann,

Postfach 300 204, 44232

Dortmund

ISSN 0939-2947, D 9835

Redaktion:

c/o Verlag Roter Morgen,

PF 300204, 44232 Dortmund

e-Mail: info@kpd-net.de

www.kpd-net.de

SPENDEN- AUFRUF

Liebe Leserinnen und
Leser des Roten Morgen,
für die Verbesserung und
Ausweitung unserer
Arbeit sind wir dringend
auf eure Spenden angewie-
sen.

Spenden bitte auf das Konto:

Verlag Roter Morgen
Stichwort –Spende–
Postbank Frankfurt
BLZ 500 100 60
Kto. 21 673 604

Jetzt bestellen:

- Das kostenlose Infopaket der KPD.
- Abonnement – Roter Morgen – , 6 Ausgaben für 10 Euro.
- Förder-Abonnement – Roter Morgen – , 6 Ausgaben für 15 Euro.
- Ermäßigtes Abonnement (für Arbeitslose, Auszubildende, Schüler, und Studenten) – Roter Morgen – , 6 Ausgaben für 7 Euro.
- Ich möchte die KPD kennenlernen und bitte um ein unverbindliches Gespräch.
- Ich möchte die KPD unterstützen.

Name

Vorname

Straße

PLZ, Wohnort

e-mail

Bitte ausschneiden und einsenden an:
Verlag Roter Morgen, Postfach 300 204
44232 Dortmund